

Sozialismus.de

Heft 3-2020 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Otto König: Zorn der Stahlkocher lässt Funken sprühen

Richard Detje: Supermarkt »real« geht an Heuschrecke

Beiträge u.a. von

Petra Reichert, John P. Neelsen, Klaus Busch, Florian Weis, Jean-Paul Barbe, Alban Werner, Hasko Hüning, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Erhard Korn



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Hamburg: Klatsche für Parteien rechts der Mitte

Bei den Bürgerschaftswahlen wollten die Grünen erstmals die Position der Bürgermeister*in besetzen. Dafür galt es, tief in die bürgerlichen Milieus einzudringen, die in der Hansestadt trotz der auch hier nicht ausgebliebenen Strukturveränderungen ihre konservative Prägung des ehrbaren Kaufmanns behalten haben.

Vollstrecker der völkischen Bewegung

Nun hat der rechte Terror mit dem mörderischen Anschlag in Hanau einen neuen Höhepunkt erreicht. Vier rechtsterroristische Taten innerhalb von neun Monaten.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Rot-Rot-Grün hat in Thüringen fünf Jahre unter der Führung des LINKEN-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow mit einer knappen Mehrheit von nur einer Stimme stabil regiert, nachdem diese Koalition schon im Vorfeld der Wahl 2014 sorgfältig vorbereitet worden war.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Coup & Krise

- Joachim Bischoff: Zum Ende der Ära Merkel 2
Alban Werner: CDU, was nun? Annegret Kramp-Karrenbauers Rückzug
und der Führungswettbewerb in der Union 7
Redaktion Sozialismus: Björn Höcke – Remigration als Brandstiftung 11

Erneuerung der Linken?

- Hasko Hüning: SPD – wieder auf dem Weg zum Subjekt der Politik? 13
Wolf von Matzenau: Die Machtperspektive in den Fokus nehmen
Ein klimaneutraler Sozialstaat für das 21. Jahrhundert 17

Höhenflüge, Niedergänge – international

- John P. Neelsen: China und der Westen
Friedlicher Übergang zu einer multipolaren Weltordnung? 23
Klaus Busch: Aufbruch zu neuen Ufern? Kann mit dem European Green Deal
die Stagnationskrise der EU überwunden werden? 28
Joachim Bischoff: Kann »Crazy Bernie« den Autokraten Trump schlagen?
Die sozialistische Alternative zum amerikanischen Comeback 33
Florian Weis/Johanna Bussemer: Ein unaufhaltsamer Aufstieg? Vom Erfolg
Sinn Féins und dem Ende des »two and a half party system« in Irland 38
Jean-Paul Barbe:
Die Gelbwesten – französisches Enigma – oder ein Signal? 43

Gleichstellung – Bilanzen & Prioritäten

- Petra Reichert: He earns, she cares – wie lange noch?
Gerechtigkeitslücken und Rollenverteilung im 21. Jahrhundert 49

Forum Gewerkschaften

- Otto König: Stahlkocher-Zorn lässt Funken sprühen. Rettet der Verkauf der
profitablen Aufzugssparte Elevator Thyssenkrupp vor dem Niedergang 56
Richard Detje: Es war einmal ... Über den Verkauf der Supermarktkette *real*
an einen Finanzinvestor und Immobilienverwerter 59
Otto König: Streikwesten bleiben erstmal eingepackt. IG Metall
will Herausforderungen der Transformation tarifpolitisch bewältigen 61

Linke Geschichte

- Erhard Korn: Links oder linksradikal? Die KPD zwischen Novemberrevolution
und Kapp-Putsch 64

Impressum | Veranstaltungen | Film

- Impressum 63
Veranstaltungen & Tipps 68
Klaus Schneider: One of these Days (Filmkritik) 69

Aufbruch zu neuen Ufern?

Kann mit dem European Green Deal die Stagnationskrise der EU überwunden werden?

von ■ Klaus Busch



28.12.2019: am Barther Bodden (Foto: dpa)

Ende Januar 2020 hat die Europäische Kommission ihr neues Arbeitsprogramm vorgelegt.¹ Herzstück dieses Programms ist der European Green Deal (EGD). Bei der Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte fällt auf, dass die Kommission die Stagnationskrise, die den Integrationsprozess in den letzten Jahren bestimmt hat, nicht erörtert. Der Aufschwung des Rechtspopulismus und die mit ihm einhergehenden Re-Nationalisierungsprozesse werden nicht diskutiert. Dies ist umso unverständlicher als die Realisierungschancen des EGD in hohem Maße davon abhängen werden, ob es den rechtspopulistischen Parteien in der EU gelingt, die zu erwartenden sozialen und ökonomischen Konflikte in einzelnen Branchen, Regionen und Mitgliedstaaten zu nutzen, um sich politisch an die Spitze des Widerstandes gegen den EGD zu setzen. Nur wenn in den nächsten Jahren der Rechtspopulismus durch eine neue Politik des sozialen und ökonomischen Ausgleichs in und zwischen den Mitgliedstaaten entscheidend geschwächt wird, kann auch der EGD zum Erfolg geführt werden.

Stagnation des Integrationsprozesses

In den letzten Jahren haben die mit dem Anstieg des Rechtspopulismus verbundenen Re-Nationalisierungstendenzen die Europäische Union im hohen Maße belastet und zu einer Stagnation des Integrationsprozesses geführt. Die entscheidende

Ursache für diese Stagnationsperiode der Integration ist im wachsenden Trend zum ökonomischen Nationalismus und Rechtspopulismus zu sehen, die vor allem durch die nach der Großen Finanzkrise 2008/2009 einsetzende Austeritätspolitik einen Aufschwung erfahren haben. Die Politik der Re-Nationalisierung hat den Brexit hervorgerufen, verhindert eine solidarische Verteilungspolitik im Rahmen der Flüchtlingskrise, ist die wichtigste Antriebskraft für die polnische PIS und die ungarische FIDEZ und lässt keine entscheidenden Fortschritte bei der Reform der Eurozone zu.

Der Brexit

Nach dem jetzt erfolgten Austritt Großbritanniens aus der EU ist zurzeit nicht sicher, ob es zu einem harten oder einem weichen Brexit kommt. Das von Premierminister Boris Johnson verkündete Ziel, bis Ende 2020 einen neuen Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU auszuhandeln, ist auf keinen Fall einzuhalten. Unklar ist heute auch, inwieweit Großbritannien in einem Handelsvertrag mit der EU in wichtigen Fragen auf einer Abweichung von den jetzigen Regeln des einheitlichen Binnenmarktes beharrt. So hat Johnson betont, dass Großbritannien die Freizügigkeit mit den übrigen EU-Staaten einschränken und auch bei den Sozial- und Umweltstandards eigene Wege gehen will. In der EU wird befürchtet, dass Großbritannien ein Unterlaufen der EU-Standards in der Sozial-,

Umwelt- und Steuerpolitik anstreben wird. Am Ende werden die neuen Handelsschranken zwischen Großbritannien und der EU der Insel wesentlich größeren ökonomischen Schaden zufügen als dem europäischen Festland.

Die Flüchtlingspolitik

Der Anstieg des Rechtspopulismus hat in der EU zu einer Verschärfung der Migrationskonflikte beigetragen. Aufgrund einer massiven Politik der Abschottung – Verschärfung des Asylrechts, verstärkte Abschiebungen, EU-Türkei-Abkommen, Ausbau von Frontex und Stärkung der Zusammenarbeit mit Libyen – ist es zwar zu einer deutlichen Reduktion der Flüchtlingszahlen gekommen, aber die entscheidenden Fragen der ungleichen Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten und der Umsetzung der Verteilungsbeschlüsse der EU zur Entlastung von Italien und Griechenland sind bis heute nicht gelöst. Die Visegrad-Staaten lehnen es ab, sich an der Aufnahme von Flüchtlingen zu beteiligen, und vor allem Italien kritisiert, dass es von der EU letztlich mit den Belastungen allein gelassen werde.

Mit der Anerkennung des Prinzips der Freiwilligkeit auf dem Gipfel des Europäischen Rats im Juni 2018² hat die EU das vertragswidrige Verhalten der Visegrad-Staaten legitimiert und sich letztlich ihrer Handlungsmöglichkeiten im Falle von Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten beraubt. So ist die EU momentan nicht in der Lage, die völkerrechtswidrigen Zustände in den Flüchtlingslagern auf einigen griechischen Inseln, vor allem Lesbos, durch eine Verteilung der Flüchtlinge auf andere EU-Staaten zu beenden.

Dies ist umso problematischer, als sich aktuell eine Zuspitzung in mehreren Krisenherden im Nahen Osten und in Afrika abzeichnet, die erneut zu einem deutlichen Anstieg der Flüchtlingszahlen führen kann. So flüchten zurzeit in den syrischen Provinzen Idlib und Aleppo ca. 800.000 Menschen vor den Truppen Assads, eines der brutalsten Regime im Nahen Osten, und dem Bombardement durch russische Flugzeuge, die auch vor Wohnvierteln, Schulen und Krankenhäuser keinen Halt machen. Die Türkei will diese Flüchtlinge nicht aufnehmen, und Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat militärische Gegenmaßnahmen eingeleitet, die die Lage weiter zuspitzen können.

Die Berliner Libyenkonferenz vom Januar 2019 hat zwar erneut ein Waffenembargo und die Einleitung von Friedensverhandlungen vereinbart. Es ist aber kaum damit zu rechnen – trotz der Bestätigung des Waffenembargos durch den UN-Sicherheitsrat –, dass es in Libyen zu einem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen kommen wird. Zu zahlreich und unterschiedlich sind die beteiligten Kriegsparteien, zu schwach sind die EU und die UN, um die Einhaltung der Verabredungen durchsetzen zu können.

Zum dritten Krisenherd entwickelt sich momentan die Sahelzone, wo dschihadistische Terrorgruppen vor allem Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad bedrohen. Eine gemeinsame Eingreiftruppe dieser fünf Staaten, das militärische Engagement Frankreichs und die Stabilisierungsmission Minusma der UNO in Mali haben die Ausbreitung des islamistischen Terrors nicht aufhalten können.

Die Entwicklung in diesen Krisengebieten wird die Flüchtlingszahlen nach Europa voraussichtlich deutlich ansteigen las-

sen. Die EU ist deshalb umso dringender aufgerufen, einerseits ihre Abschottungspolitik zu überdenken und andererseits ein internes Verteilungskonzept zu entwickeln.

Die Erosion von Rechtsstaat und Demokratie in Polen und Ungarn

Im Umgang mit Mitgliedstaaten, die offen Demokratie und Rechtsstaat durch eine staatliche Kontrolle der Medien und die Unterwerfung der Judikative unter die Exekutive unterhöheln, zeigt sich die EU bislang ohnmächtig. Die eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen und Ungarn erweisen sich wegen des Einstimmigkeitsprinzips letztlich als stumpfe Waffen.

Polen geht inzwischen so weit, dass es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ignoriert, das die polnischen Gesetze zur Disziplinierung der Justiz für rechtswidrig erklärt. Die polnische Regierung verlangt darüber hinaus in einem neuen Gesetz von der Justiz, polnisches Recht Vorrang vor europäischem Recht zu gewähren. Dieser offene Bruch des EU-Vertrages läuft letztlich auf einen *Polexit* hinaus, und man darf gespannt sein, ob die EU die Kraft aufbringen wird, Polen nur noch dann Mittel aus dem neuen EU-Haushalt ab 2021 zu gewähren, wenn es zur Einhaltung des EU-Vertrages zurückkehrt.

Das Scheitern der Reform der Eurozone

Seit der Großen Finanzkrise 2008/09 gab es vermehrt Pläne zu einer Reform der Defizite der Maastrichter Wirtschafts- und Währungsunion. Doch weder ist es bisher gelungen, durch eine europäische Koordinierung der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken das System der Wettbewerbsstaaten zu durchbrechen, das die Praxis des Lohn-, Sozial- und Steuereumpings fördert. Noch konnten die 2011/12 von der Barroso-Kommission im Zuge der Eurokrise vorgeschlagenen Pläne verwirklicht werden, eine vom Europäischen Parlament kontrollierte europäische Wirtschaftsregierung einzuführen, um die Wirtschafts- und Finanzpolitik besser europäisch abstimmen und Wirtschaftskrisen effektiver bekämpfen zu können. Die immer wieder vorgetragenen Vorschläge zur Einführung dieser fiskalpolitischen Stabilisierungsfunktion – zuletzt vehement von Emmanuel Macron in seiner Sorbonne-Rede 2017 – sind schließlich auf dem Euro-Gipfel im Dezember 2018 zu Grabe getragen worden.

Auch hier ist die Ursache des Misserfolgs im Rechtsruck zu sehen, der sich im Aufschwung des Rechtspopulismus in etlichen Parlamentswahlen innerhalb der EU zeigt. Die rechtspopulistische Kritik an der EU hat inzwischen in vielen Staaten (Hanseatischer Club³) auch die Parteien des Zentrums so stark

Klaus Busch ist Professor (im Ruhestand) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und war bis 2019 europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di. Letzte Buchveröffentlichung (gemeinsam mit Joachim Bischoff und Hajo Funke): *Rechtspopulistische Zerstörung Europas?*, VSA: Verlag Hamburg 2018. In Heft 12/2019 von *Sozialismus.de* schrieb er, zusammen mit Volker Telljohann, über »Conte II – neue Hoffnung für Italien und die EU?«

¹ European Commission (2020): Commission Work Programme 2020. A Union that strives for more, Brussels.

² Europäischer Rat, <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9-2018-INIT/de/pdf>, Brüssel, Juni 2018.

³ So der Name für eine Gruppe von zwölf EU-Staaten unter der Führung der Niederlande mit zusätzlich drei skandinavischen EU-Mitgliedern, drei baltischen Staaten, Irland, Belgien, Luxemburg, Österreich und Malta.

affiziert, dass entscheidende Vertiefungsschritte der Integration abgeblockt werden, selbst wenn sie entscheidend zur wirtschaftspolitischen Stabilisierung von EU und Eurozone beitragen würden.

Der Aufschwung des Rechtspopulismus

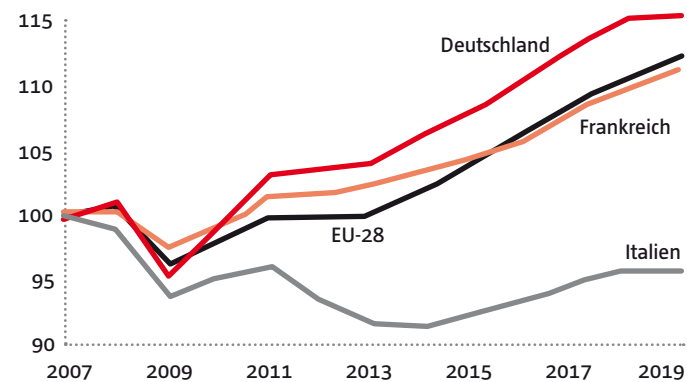
Die infolge der Großen Finanzkrise in vielen EU-Staaten durchgeführte Austeritätspolitik hat erhebliche ökonomische und soziale Kosten verursacht. Eng damit verbunden ist es in etlichen Staaten zu einem markanten Anstieg des Rechtspopulismus gekommen.

In den letzten Jahren haben in verschiedenen EU-Staaten – den Niederlanden, Frankreich, Österreich, Deutschland, Italien, Ungarn, Schweden, Polen und Spanien – Parlamentswahlen stattgefunden. Bei diesen Wahlen haben die rechtspopulistischen Parteien deutliche Zugewinne verzeichnet oder ihre Macht behauptet. In Österreich war zeitweilig die FPÖ an der Regierung beteiligt, in Italien haben von Mai 2018 bis zum Koalitionsbruch im August 2019 zwei populistische Parteien (Lega und Movimento Cinque Stelle) die Regierung gestellt, in Ungarn hat die Orbán-Partei FIDESZ und in Polen die PIS ihre Macht behauptet. Man kann von einer deutlichen Rechtsverschiebung des politischen Spektrums in der EU sprechen. In aktuellen Wahlumfragen haben in etlichen Ländern die rechtspopulistischen Parteien seit den letzten Parlamentswahlen weiter zugelegt. Dies gilt für Finnland, Schweden, Belgien, die Niederlande, Frankreich, Spanien und Italien.⁴

Vergleichende Untersuchungen legen nahe, dass für die Ausbreitung des Rechtspopulismus insgesamt mehrere Faktoren ursächlich sind.⁵ Fünf Einflussgrößen können dabei als besonders relevant hervorgehoben werden: die ökonomische Entwicklung des Landes, die Entwicklung der sozialen Ungleichheit und deren Wahrnehmung, die politische Stabilität/Instabilität des Staates, die Migrations- und Flüchtlingsfrage sowie historisch-

Abbildung 1: Italien fällt beim Wachstum weiter zurück

Entwicklung des realen BIP, 2007 = 100 Prozent*



*Für 2019 provisorische Werte von Eurostat und nationalen Statistikämtern.
Quelle: Eurostat/FAZ-Grafik fbr.

kulturelle Faktoren. Diese Einflussgrößen haben jedoch von Land zu Land ein unterschiedliches Gewicht.

Am Beispiel Italiens, dem EU-Staat, der am stärksten von populistischen Parteien beherrscht wird, kann die Bedeutung einzelner Faktoren verdeutlicht werden (siehe Abbildung 1). Von den fünf Einflussgrößen des Rechtspopulismus sind zwei – die sozio-ökonomische Krise und die Krise des politischen Parteiensystems – in Italien unter allen oben genannten Ländern am stärksten ausgeprägt. Italien verzeichnet eine anhaltende ökonomische Stagnationsphase, die Arbeitslosigkeit erreichte nach der Großen Finanzkrise mit 11-12% überdurchschnittlich hohe Werte, und auch die ungelöste Bankenkrise belastet bis heute das Land. Das tradierte Parteiensystem (pentopartito) brach unter dem Druck der Korruptionsaffären (tangentopoli) Anfang der 1990er Jahre zusammen. Politische Instabilität kennzeichnet Italien im EU-Kontext wie kaum einen zweiten Staat. Sie ist neben der sozio-ökonomischen Krise der zentrale Erklärungsfaktor für die starke Bedeutung des Rechtspopulismus im Lande. Hinzu kommt seit 2015 noch die Flüchtlingskrise, die von den populistischen Parteien genutzt wird, um die Ausländerfeindlichkeit zu schüren und die Migrant*innen als Sündenböcke für die zahlreichen Krisen des Landes abzustempeln.

Nach den März-Wahlen 2018 übernahm im Mai eine populistische Regierung aus Lega und Cinque Stelle in Italien die Macht. Durch die politische Offensive der Lega und die Polarisierung seitens ihres Vorsitzenden Matteo Salvini ist diese Koalition bereits im August 2019 zerbrochen. Um die Machtübernahme durch einen Rechtsblock aus Lega, Fratelli d'Italia und Silvio Berlusconi's Forza unter der Führung Salvini's zu verhindern, ist daraufhin zur Überraschung vieler politischer Beobachter in sehr kurzer Zeit eine neue Regierungskoalition aus den bislang verfeindeten Parteien M5S und Partito Democratico (PD) entstanden (Conte II).

Aufgrund starker interner Auseinandersetzungen erwies sich die neue Regierungskoalition von Anbeginn als äußerst fragil. Salvini schöpfte daraus die Hoffnung, die Regierung Conte II schnell diskreditieren und so die Macht in Rom übernehmen zu können. Mit einem riesigen politischen Aufwand versuchte er deshalb Ende Januar 2020, bei den Neuwahlen in der Provinz Emilia-Romagna, einer linken Hochburg seit 70 Jahren,



Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift 31. Jahrgang, Nr. 121, März 2020, 224 Seiten

Strategiedebatten

Z-Redaktion – „Kontrollverlust“, *Krisenfelder und Strategiedebatten* / Reusch – *Klimakrise, Widersprüche, schwache Akteure* / Deppe – *Brexit schlägt Sozialismus* / Klein – *Diskurs und linke Strategie* / Goldberg – *Entzauberung des Privateigentums* / Schramm – *Radikal bis neoliberal – Green New Deal* / Sadowsky – *IG Metall-Diskussion* / Kaindl – *Ein Blick auf DIE LINKE*

Lateinamerika: Boris – *Aufbruch in Lateinamerika* / Musacchio – *Argentinien in der Krise*

Marx-Engels-Forschung

Vollgraf – *Leere Haushaltskasse und ausgelaugte Böden – MEGA IV/18* / Quaa – *Abschreibung in der ökonomischen Theorie von Marx*

Und: Hervé – *Flora Tristan – feministische Sozialistin* / Friedmann – *März 1920: Gegen Lüttwitz, Kapp und Co.*

Sowie: Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

die Regierung zu stürzen, um anschließend »den Marsch auf Rom« anzutreten. Dass diese Attacke scheiterte und der bisherige PD-Gouverneur Stefano Bonaccini mit 51% die Wahl gewann, liegt an mehreren Faktoren: der ökonomischen Prosperität mit geringer Arbeitslosigkeit in der Emilia-Romagna, der jungen politischen Bewegung der »Sardini«n, die überall, wo Salvini auftrat, erfolgreich Gegenveranstaltungen organisierte und entscheidend zur hohen Wahlbeteiligung beitrug und schließlich der abnehmenden Bedeutung der Flüchtlingsfrage, die Salvini dennoch ins Zentrum seiner Hetzkampagne stellte (»Italien den Italienern«).

Obwohl die Regierung Conte II damit zunächst stabilisiert zu sein scheint, darf nicht übersehen werden, dass der Rechtsblock unter der Führung der Forza bei den Parallelwahlen in Kalabrien der linken Koalition die Regierung entrissen hat. Und dieser Rechtsblock liegt bei den Umfragen auf nationaler Ebene zurzeit mit ca. 50% vorne. Es kommt hinzu, dass die Regierung Conte II intern extrem zerstritten ist.

Der European Green Deal

In ihrer Bewerbungsrede für das Amt der Kommissionspräsidentin kündigte Ursula von der Leyen im Juli 2019 an, dass sie bei einer erfolgreichen Wahl in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit einen »Grünen Deal für Europa« vorschlagen werde. Im Dezember 2019 hat der Europäische Rat beschlossen, in der EU bis 2050 die so genannte Klimaneutralität zu realisieren. Polen hat sich diesem Beschluss nicht angeschlossen.

Bis dato sind folgende Elemente des EGD geplant, wobei das meiste noch nicht gesetzlich verankert worden ist:

- Treibhausgasneutralität bis 2050.
- Erhöhung des Emissionsminderungsziels für 2030 gegenüber 1990 von 40% auf 50-55%.
- Ausdehnung des 2005 eingeführten Emissionshandelssystems (ETS), das bislang nur in den Sektoren Schwerindustrie, Energieerzeugung und innereuropäischer Luftverkehr gilt, auf den Seeverkehr und den internationalen Luftverkehr. Die Bereiche Gebäudeemissionen und Straßenverkehr sind bisher aus politischen Gründen ausgespart. Um die CO₂-Bepreisung zu erhöhen, sollen in den bereits erfassten Sektoren von 2021 bis 2030 die Zertifikate jährlich stärker vermindert werden.
- Die energieintensiven Sektoren würden damit an internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren und eventuell ins außereuropäische Ausland abwandern. Um dies zu verhindern, soll an den Grenzen auf den Kohlenstoffgehalt der Importe eine Abgabe erhoben werden. Die Kommission wird für bestimmte Sektoren ein solches CO₂-Grenzausgleichssystem erarbeiten.
- Um die Klimaziele zu erreichen, hat die Kommission im Jahr 2018 zusätzliche Investitionen in Höhe von jährlich 170 bis 295 Mrd. Euro veranschlagt.⁶ In einer Veröffentlichung von 2019 setzt sie hierfür bis 2030 jährlich 280 Mrd. Euro an.⁷ Dabei handelt es sich um öffentliche und private Investitionen, allerdings mit einer deutlichen Dominanz von privaten Investitionen. So soll die Europäische Investitionsbank (EIB) durch von der EU gesicherte Darlehen von 2021 bis 2030 ein

Investitionsvolumen von einer Bio. Euro mobilisieren (also 100 Mrd. Euro jährlich). Weiterhin ist vorgesehen, dass ein neues Programm »InvestEU« von 2021 bis 2027 insgesamt ca. 215 Mrd. Euro zur Bekämpfung des Klimawandels mobilisiert.⁸ Dabei sollen verschiedene Programme zusammengeführt werden, u.a. der Europäische Fonds für Strategische Investitionen EFSI (auch als Juncker-Plan bekannt). Wie im EFSI sollen im InvestEU durch Budgetgarantien zusätzliche Investitionen mobilisiert werden, in diesem Falle durch 62 Mrd. Euro an Garantien zusätzliche 650 Mrd. Euro (wovon ein Drittel für den Klimaschutz vorgesehen sein sollen).

- Schließlich verlangt die Kommission, dass 25% des neuen Mittelfristigen Finanzrahmens der EU, der von 2021 bis 2027 je nach Verhandlungsergebnis gut eine Bio. Euro erreichen soll, dem EGD gewidmet werden. Dies wären jährlich weitere ca. 40 Mrd. Euro.

In der Summe werden nach diesen Rechnungen von 2021 bis 2027 jährlich ca. 170 Mrd. Euro (100+30+40) für den Klimaschutz gefordert. Das ist deutlich weniger als die in den oben genannten Kommissionsberichten genannten Zahlen zur Erreichung der EU-Klimaziele, die auf ca. 250 Mrd. Euro jährlich hinausliefen.

Die Mittel des Just Transition Funds, der Regionen mit Kohle- und Schwerindustrie die Anpassung an den EGD erleichtern und insgesamt 100 Mrd. Euro umfassen soll, können hier nicht noch zu den 170 Mrd. Euro hinzuaddiert werden, weil sich der Transition Funds ausschließlich aus den bereits aufgeführten Mitteln des EU-Haushalts und der EIB speist.⁹

Möglicherweise erwartet die Europäische Kommission, dass die Differenz zwischen den als notwendig erachteten Investitionen für den EGD und den Mitteln, die über den EU-Haushalt, die EIB und das Programm InvestEU mobilisiert werden sollen, von den Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene aufzubringen. Deutlich formuliert worden ist dies aber bislang nicht.

Probleme des European Green Deal

Auf der Grundlage der bislang bekannten Dokumente und der öffentlichen Diskussion zum EGD ergeben sich folgende kritische Bemerkungen:

- Das notwendige Investitionsvolumen für den EGD muss deutlicher ermittelt werden, wobei gleichzeitig auch die Verteilung auf die EU-Ebene und die Mitgliedstaaten klar festzulegen ist. Es ist auch ein Mechanismus zu definieren, über den die EU eventuelle Defizite bei den Mitgliedstaaten einklagen und ggf. mit Sanktionen beheben kann. Da sich stark verschuldete Mitgliedstaaten möglicherweise nicht in der Lage

⁴ Einen Dämpfer haben diese Parteien nur in Dänemark und Österreich bekommen. In Dänemark hat die Sozialistische Partei die Position der Dänischen Volkspartei in der Flüchtlingsfrage übernommen, und in Österreich wurde die FPÖ aufgrund des Ibiza-Strache-Skandals geschwächt.

⁵ Systematisch ausgeführt in: Klaus Busch/Joachim Bischoff/Hajo Funke: Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende, Hamburg 2018.

⁶ Europäische Kommission (2018): Ein sauberer Planet für alle, Brüssel.

⁷ Europäische Kommission (2019): Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa 2030, Brüssel.

⁸ Council for the European Union (2019): www.consilium.europa.eu/media/38254/st06685 Brussels.

⁹ www.tagesspiegel.de/politik/just-transition-fund-das-ist-leyens-billionen-plan-gegen-den-klimawandel/25429070.html.

sehen, den notwendigen nationalen Beitrag zu leisten, sollte der Wachstums- und Stabilitätspakt einer Revision unterzogen werden. Der für den Pakt zuständige Kommissar Gentiloni hat ohnehin eine Debatte über die Flexibilisierung des Paktes angeregt. Um zu verhindern, dass die über den europäischen Fiskalpakt vereinbarte Schuldenbremse zu einer Klimaschutzbremse wird, sollte die Klimaschutzinvestitionen bei der Ermittlung der öffentlichen Investitionen im Stabilitätspakt unberücksichtigt bleiben und eine Finanzierung dieser Ausgaben über Kredite grundsätzlich erlaubt sein.¹⁰

Leider hat sich die neue Kommissionspräsidentin für die Einhaltung der Stabilitätsregeln der Wirtschafts- und Währungsunion ausgesprochen. Und auch von den Mitgliedstaaten, die dem Hanseatischen Club angehören (siehe oben), ist zu erwarten, dass sie eher für eine weitere Härtung der Stabilitätsregeln als für eine Lockerung eintreten werden. Die bisherigen Regeln stellen jedoch eine deutliche Begrenzung der Möglichkeiten etlicher Mitgliedstaaten da, sich im notwendigen Maße im Rahmen des EGD zu engagieren. Auf die damit verbundenen politischen Probleme wird weiter unten noch intensiver eingegangen werden.

- Etliche Stellungnahmen zum Just Transition Fund (JTF) betonen, dass die vorgesehenen 100 Mrd. Euro bei weitem nicht ausreichen werden,¹¹ um den sozialökonomischen Schwierigkeiten zu begegnen, in die etliche Branchen und Regionen im Zuge des EGD geraten werden. Auch die Begrenzung des JTF auf die Kohle- und Schwerindustriebranchen ist nicht angemessen.
- Größere Konflikte sind bei der Realisierung des Green Deal auch in weiteren Feldern wahrscheinlich. So haben die USA bereits deutlich gemacht, dass sie die CO₂-Grenzsteuer nicht akzeptieren werden, die die EU einführen will, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft bei einer deutlichen Erhöhung der CO₂-Steuern nicht zu beeinträchtigen. Trump droht in diesem Falle mit Gegenmaßnahmen, die dann erneut das Wachstum der Weltwirtschaft belasten würden. Handelskonflikte können für die EU mit all den Staaten entstehen, die sich einer Green-Deal-Politik grundsätzlich verweigern (neben den USA unter Trump sind dies vor allem Australien und Brasilien), oder sich nicht im selben Maße engagieren wollen, wie es die EU bislang beabsichtigt.
- Sollte das Wachstum der Weltwirtschaft unter derartigen Konflikten beeinträchtigt werden oder die Weltwirtschaft darüber hinaus bis 2050 in eine Krisenphase geraten, etwa aufgrund des Platzens einer Immobilien- und Aktienblase, könnten die EU-Staaten bei der Finanzierung des EGD in weitere Schwierigkeiten geraten. Ohnehin stellen die aktuell sehr niedrigen Wachstumsprognosen für die EU in den Jahren 2020 und 2021 in Höhe von je 1,2% bereits eine Finanzierungsbremse für den EGD dar.

Der EGD und der Rechtspopulismus

Der Green Deal erfordert größere ökonomische Umstrukturierungen in mehreren Wirtschaftszweigen und in Regionen, in denen diese Branchen überrepräsentiert sind. Besondere Anpassungen wird es in der Kohle- und Braunkohleindustrie, in der Energiewirtschaft, in der Automobilbranche, in der Luftfahrtin-

dustrie, im Tourismusgewerbe und in der Landwirtschaft geben. Die heftigen kontroversen Debatten über das deutsche Kohleausstiegsgesetz machen deutlich, dass dieser Prozess in vielen Ländern und Regionen zu erheblichen Konflikten führen wird. Wird etwa Polen bereit sein, seine weit überdurchschnittliche Abhängigkeit von der Kohle als Energieträger abzubauen? Wird es sich hier europäischen Vorgaben unterordnen oder auch hier einen Sonderweg einschlagen?

Die sich abzeichnenden Konflikte werden dadurch potenziert werden, dass die rechtspopulistischen Parteien sich bereits in Hab-Acht-Stellung befinden, um aus den genannten Problemen politisches Kapital schlagen zu können. Die im letzten Jahr veröffentlichte Studie »Convenient Truths – Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe«¹² hat herausgearbeitet, dass diese Parteien in fast allen EU-Staaten den anthropogenen Treibhauseffekt leugnen oder nicht bereit sind, durch übernationale europäische oder internationale Abkommen den Klimawandel zu bekämpfen. Es ist damit bereits jetzt zu erwarten, dass die rechtspopulistischen Parteien neben der Flüchtlingsfrage ein zweites großes politisches Konfliktfeld besetzen werden, in dem sie diejenigen Bürger*innen für sich zu gewinnen versuchen, die den Green Deal wegen negativer sozialer und ökonomischer Folgen oder der Notwendigkeit, ihre umweltpolitischen Verhaltensweisen zu verändern, ablehnen.

Auf die Ebene der Mitgliedstaaten übertragen bedeutet dies, dass bei einer nicht auszuschließenden Machtübernahme des Rechtsblocks in Italien der European Green Deal von diesem Land abgelehnt werden wird. Ähnliches gilt für einen Wahlsieg von Marine Le Pen bei Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2022. Momentan liegt Le Pen in den Umfragen knapp vor Macron und erreichte in der Stichwahl 45%, während sie 2017 in der Stichwahl nur ein Drittel der Stimmen erhalten hat.¹³ Italien, Polen und Frankreich sind damit Mitgliedstaaten, deren zukünftige Regierungen dem European Green Deal den Rücken kehren könnten.

Wenn es bereits in der Vergangenheit richtig war, zur Eindämmung des Aufstiegs der rechtspopulistischen Parteien in und zwischen den Mitgliedstaaten eine verstärkte Politik des sozialen Ausgleichs einzuklagen, so gilt dies für die Realisierungschancen des European Green Deal umso mehr. Denn es ist zu erwarten, dass mit dem Green New Deal die sozialen, ökonomischen und politischen Spannungen in den Regionen, den Mitgliedstaaten und in der EU als Ganzes deutlich ansteigen werden. Ohne eine Überwindung der wachsenden sozial-ökonomischen Ungleichheit in vielen Mitgliedstaaten und ohne eine neue sozial-ökonomische Solidarität mit denjenigen Staaten, die von der Austeritätspolitik besonders gebeutelt worden sind, werden sich der Rechtspopulismus und damit die Re-Nationalisierungstendenzen nicht erfolgreich bekämpfen lassen und damit der European Green Deal möglicherweise scheitern.

¹⁰ IMK (2020): Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2020. Im Zeichen des Klimawandels, IMK-Report 155, Januar 2020, Düsseldorf.

¹¹ AK Wien (2019): Klimakrise. Zeit für einen europäischen »Green New Deal«, Info-Brief, Nr. 4/2019, Wien.

¹² Stella Schaller/Alexander Carius (2019): Convenient Truths – Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe, adelphi consult, Berlin.

¹³ Siehe www.politico.eu/europe-poll-of-polls/france/, Europe Edition.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

